

Petri Hakkarainen, A State of Peace in Europe. West Germany and the CSCE, 1966–1975 (Studies in Contemporary European History, Bd. 10), Berghahn Books, New York/Oxford 2011, XIII + 280 S., geb., 95,00 \$.

Der Titel des Buchs, das auf einer Oxforder Dissertation basiert, ist ein Zitat aus der englischen Version des Briefs zur deutschen Einheit, der am 12. August 1970 parallel zur Unterzeichnung des Moskauer Vertrags dem sowjetischen Außenministerium übergeben wurde. Darin stellte die Bundesregierung fest, dass der deutsch-sowjetische Vertrag „nicht im Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik Deutschland steht, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.“ Seit der Bildung der Großen Koalition 1966 galt ein Zustand der Entspannung in Europa als Voraussetzung dafür, dass in fernerer Zukunft an eine Lösung der deutschen Frage gedacht werden könnte. Der KSZE-Prozess trug schließlich nicht nur zur Deeskalation des Ost-West-Konflikts bei, sondern auch zu seiner Überwindung und damit zu einem „Zustand des Friedens in Europa“, der die Voraussetzung für die Vereinigung der beiden deutschen Staaten war. Welche Einstellung die Bundesregierung zur KSZE zwischen 1966 und 1975 hatte, untersucht auf breiter Quellengrundlage Petri Hakkarainen, wobei der Schwerpunkt der Arbeit auf den Jahren 1969 bis 1972 liegt.

Das Buch stellt insofern eine wichtige Ergänzung zur bisher vorliegenden Literatur dar, als überzeugend herausgearbeitet wird, dass der Bilateralismus der Ostpolitik von Beginn an Hand in Hand mit dem Multilateralismus der gesamteuropäischen Konferenz ging. Der Autor hätte vielleicht darauf hinweisen können, dass dies einer gewissen Selbstverständlichkeit unterlag, da Multilateralismus ohnehin ein stilbildendes Merkmal westdeutscher Außenpolitik war und schon ihre Anfänge geprägt hatte. Die entscheidenden Weichen in Richtung KSZE sieht Hakkarainen schon gestellt, bevor die Vorverhandlungen Ende 1972 überhaupt aufgenommen wurden – nämlich durch das gegenüber den ursprünglichen sowjetischen Vorstellungen deutlich erweiterte und westlich ausgerichtete Themenspektrum, das sich von Sicherheitsfragen bis hin zu Menschenrechten und Freizügigkeit erstreckte. In dem dazu erforderlichen innerwestlichen Konsultationsprozess war die Bundesrepublik ein „decisive actor“ (S. 6). Auch während der eigentlichen Verhandlungen, die von 1973 bis 1975 in Genf stattfanden, blieb die Bundesrepublik „at the epicentre“ (S. 8). Nur unter der Voraussetzung einer deutschlandpolitisch befriedigenden Lösung war die Bundesregierung bereit, die KSZE-Schlussakte zu unterschreiben, also nur, wenn das Dokument nicht den Charakter einer definitiven friedensvertragsähnlichen Regelung hatte und die Möglichkeit des friedlichen Wandels von Grenzen ausdrücklich bestätigte. Wie Egon Bahr schon gegenüber Andrei Gromyko betont hatte, gab es eine Grenze, die die Bundesregierung verändern wollte – nämlich die innerdeutsche Grenze.

Auf intensivem Aktenstudium in nicht weniger als 15 Archiven fußend beschreibt der Autor den Gang der Diskussionen, die von einem überschaubaren kleinen Teilnehmerkreis bestritten wurden. Entscheidend für die Brauchbarkeit von Expertisen waren die politischen Rahmenbedingungen, die mit dem Vier-Mächte-Abkommen über Berlin und der im Dezember 1971 in der NATO erreichten westlichen Positionsbestimmung umrissen waren. Entspannungspolitik förderte nicht nur die Kommunikation zwischen Ost und West. Der Verfasser zeigt sehr anschaulich, dass diese, infolge des Abstimmungs- und Beratungsbedarfs, auch zur Intensivierung der innerwestlichen Kommunikation führte. Neben der NATO stand hierfür die Bonner Vierergruppe zur Verfügung und darüber hinaus aber auch die 1970 eingerichtete Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ), die die EG als neuen Akteur auf der internationalen Bühne erscheinen und für kurze Zeit schon an eine europäische Außenpolitik glauben ließ.

Die europäische Entspannungspolitik im Allgemeinen und die KSZE im Besonderen haben in der Historiografie dazu geführt, die herkömmliche Supermachtperspektive auf den Ost-West-Konflikt nachhaltig zu erweitern. Aus Bonner Sicht kam es darauf an, eigene Vorstellungen in die KSZE einzubringen – das heißt, die innerdeutsche Grenze durchlässiger zu machen und ihre Existenz nicht für alle Zeit festzuschreiben. Es galt den Modus-vivendi-Charakter des Moskauer Vertrags zu bewahren, was nach hartem Ringen schließlich auch gelang. Mit anderen Worten: Die Bundesrepublik konnte – immer unter der Voraussetzung des Verzichts auf Gewalt – weiterhin eine revisionistische Politik verfolgen. In enger Wechselwirkung von Stabilität und Wandel wurden Bedingungen erreicht, die die Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas ermöglichen sollten. Wenn Hakkarainen die „quintessential question“ aufwirft, ob die sozial-liberale Entspannungspolitik auf „continuity or change“ (S. 255) zielte, so kommt er zu dem Ergebnis, dass es sich nicht um Alternativen handelte, sondern stets um die Gleichzeitigkeit von Kontinuität und Wandel. Wandel sei niemals als „sudden“ (S. 8) oder „fundamental change“ (S. 255) verstanden worden. Dem ist zuzustimmen. Hinzuzufügen ist aber, dass die auf graduellen Wandel setzende Bonner Transformationsstrategie die Strukturen im Osten verändern wollte. Der beste Beweis dafür ist, dass dies in den Staaten des Warschauer Pakts von Anfang an erkannt und gefürchtet wurde.

Gottfried Niedhart, Mannheim

Zitierempfehlung:

Gottfried Niedhart: Rezension von: Petri Hakkarainen, A State of Peace in Europe. West Germany and the CSCE, 1966–1975 (Studies in Contemporary European History, Bd. 10), Berghahn Books, New York/Oxford 2011, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 53, 2013, URL: <<http://fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81441>> [22.3.2013].